

A8NEU3 8. DEMOKRATIE UND BÜRGERBETEILIGUNG – NAH AM MENSCHEN

Gremium: Wahlkampfteam
Beschlussdatum: 31.08.2020
Tagesordnungspunkt: 5. Wahlprogramm

Text

Eine lebendige Demokratie beschränkt sich nicht nur auf das Wahlrecht. Zwischen den Wahlen müssen die Bürger*innen die Möglichkeit haben, sich aktiv an den politischen Prozessen zu beteiligen. Wir GRÜNE nehmen diesen Auftrag ernst und setzen uns weiterhin für Bürgerversammlungen in allen Stadtteilen sowie für frühzeitige Transparenz und Beteiligung der Bürger*innen bei allen Planungsprozessen ein.

Wir sehen uns als ständigen Ansprechpartner für alle Vereine, Initiativen und Unternehmen. Bei Problemen oder Handlungsbedarf stehen wir jederzeit für Gespräche bereit. Wir GRÜNE gestalten unsere Arbeit durch eine transparente und breite Informationspolitik. Dazu zählen Informationen über unsere Homepage und weitere digitale Medien, sowie ein regelmäßig stattfindender offener Stammtisch und Sprechstunden für alle (Einzelpersonen, Vereine, Bürgerinitiativen), die an unserer Arbeit interessiert sind.

- Die Bürger*innen müssen frühzeitig bei wichtigen Vorhaben informiert werden und über Arbeitsgruppen und einen transparenten Beteiligungsprozess mitsprechen dürfen.
- Wir möchten durch transparente Verfahren die Bürgernähe stärken. Daher streben wir die Veröffentlichung von Beschlüssen, Anträgen und Gutachten im Internet an. Der Zugang muss barrierefrei gestaltet werden. Da insbesondere viele ältere Menschen keinen Internetzugang besitzen, darf die Veröffentlichung im Internet nicht zu Lasten analoger Verfahren gehen.
- Die Interessen der jungen Menschen in unserer Stadt müssen viel stärker berücksichtigt werden und sie müssen sich durch Beteiligungsformate stärker einbringen können. Dies dient im gleichen Zuge auch der politischen Bildung und der Förderung des demokratischen Gedankenguts. Daher ist der Erhalt und die weitere Stärkung des Jugendbeirats nötig. Schulklassen sollen die Möglichkeit bekommen, die Arbeit der Stadtverordnetenversammlung mit Hilfe von Info-Materialien und der Teilnahme an Sitzungen kennenlernen.
- Alle Menschen, die dauerhaft in unserer Stadt leben und die mit Ihrem Engagement das Bad Homburger Leben bereichern, sollten auch die Möglichkeit bekommen, sich an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Daher wollen wir mehr Rechte für den Ausländerbeirat, sowie ein kommunales Wahlrecht auch für Nicht EU-Bürger*innen.
- Basierend auf dem hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz von 2018 soll eine Informationsfreiheitssatzung entwickelt und etabliert

37 werden, in der der Zugang der Bürger*innen zu Information über die
38 Aktivitäten der Stadt Bad Homburg geregelt ist.

- 39 • Wir GRÜNEN unterstützen die Initiative das Wahlalter auf allen Ebenen auf
40 16 Jahre herabzusetzen und werden uns darum im Rahmen unserer
41 Möglichkeiten, zum Beispiel über den Hessischen Städtetag, dafür stark
42 machen.